

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
A. Einleitung	21
B. Konzept der Innenhaftung eines Vorstandsmitglieds	35
I. Individuelle Pflichtverletzung	35
1. Dogmatische Herleitung der Voraussetzung der individuellen Pflichtverletzung	36
a. § 93 Abs. 2 S. 1 AktG	36
b. § 93 Abs. 1 S. 2 AktG	37
2. Ausschluss einer Pflichtverletzung durch die <i>BJR</i>	38
a. Rechtsnatur der <i>BJR</i>	39
b. Tatbestandsmerkmale der <i>BJR</i>	41
aa. Unternehmerische Entscheidung	41
(1) Legalitätspflicht	42
(a) Gesetzliche Pflichtaufgaben	43
(b) Gesetzliche Pflichtaufgaben mit Beurteilungsspielraum	45
(2) Beurteilung unsicherer Rechtslagen	51
(a) Ursachen für eine unklare Rechtslage	51
(b) Anwendbarkeit der <i>BJR</i>	51
(c) Grundsätze des Rechtsirrtums	53
(aa) Keine Anwendbarkeit der <i>BJR</i>	53
(bb) Einzelfallbezogene Anwendbarkeit der <i>BJR</i>	57
(d) Handlungs- und Beurteilungsspielraum	58
(aa) Pflichtwidrigkeits- oder Verschuldensebene	59
(bb) Parallele zu verwaltungsrechtlichen Entscheidungsspielräumen	60
(e) Schlussfolgerungen	62
(3) Enthaftung wegen der Einholung von Expertenrat	62
(a) Pflichtwidrigkeitsebene	63
(b) Verschuldensebene	64

(c) Kriterien für das berechtigte Vertrauen auf Expertenrat	65
bb. Handeln auf der Grundlage angemessener Information	65
(1) Umfang der Informationsgrundlage	65
(2) Anwendbarkeit der <i>BJR</i> bei der Informationsbeschaffung	67
(3) Inanspruchnahme von Rechtsberatung	71
(a) Pflicht zur Einholung von Rechtsrat	71
(b) Beachtung der Kriterien des BGH zur Einholung von Expertenrat	72
cc. Handeln in gutem Glauben	74
dd. Handeln zum Wohle der Gesellschaft	74
ee. Handeln ohne Interessenkonflikt als ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal	75
c. Subjektivierender Ansatz der <i>BJR</i>	79
aa. Annahme des Vorstandsmitglieds	79
(1) Bestimmung der Betrachtungsweise	79
(2) Formulierung eines Verschuldensmaßstabs	82
bb. Relevanz der subjektiven Komponente bei Entscheidungen eines Vorstandsmitglieds	84
d. Rechtsfolgen der Nichtanwendbarkeit der <i>BJR</i>	84
aa. Feststellung einer Pflichtverletzung am Sorgfaltsmaßstab des § 93 Abs. 1 S. 1 AktG	85
bb. Vorliegen einer Pflichtverletzung	86
<b>II. Weitere Aspekte der Innenhaftung</b>	87
1. Verschulden	87
2. Exkulpation durch berechtigtes Vertrauen auf Expertenrat	87
a. Unabhängigkeit des Beraters	89
b. Gegenstand des Prüfauftrags	89
c. Prüfung des Expertenrats auf Plausibilität	90
3. Nichterkennen einer unklaren Rechtslage	91
4. Kausalität	93
<b>III. Zwischenergebnis</b>	93
<b>C. Das Kollegialorgan</b>	95
<b>I. Begriff des Kollegialorgans</b>	95

<b>II. Merkmale von Kollegialorganen</b>	<b>96</b>
1. Gleichberechtigung und Mehrgliedrigkeit	96
a. Gleichstellung der Mitglieder	97
b. Mindestanzahl der Mitglieder	98
aa. Zweiköpfiges Gremium als Kollegialorgan	98
bb. Stichentscheidungsrecht im zweiköpfigen Gremium	102
c. Höchstzahl von Mitgliedern	104
2. Befugnis zur Beschlussfassung	104
a. Information	105
b. Quorum	105
aa. Mindestanzahl anwesender Mitglieder	106
bb. Sinn und Zweck des Quorum-Prinzips	107
c. Majorität	107
3. Organisationsautonomie	108
4. Gesamtzuständigkeit und -verantwortung der Organmitglieder	108
<b>III. Vor- und Nachteile eines Kollegialorgans</b>	<b>109</b>
1. Vorteile	109
2. Nachteile	112
<b>IV. Zwischenergebnis</b>	<b>114</b>
<b>D. Der mehrköpfige Vorstand einer AG als Kollegialorgan</b>	<b>117</b>
I. Kollegialitätsprinzip als gesetzliches Leitbild des AG-Vorstands	117
II. Gleichstellung und Gleichberechtigung der Vorstandsmitglieder	119
1. Dispositiv vorgegebener Grundsatz der gemeinschaftlichen Geschäftsführung	119
2. Ausnahmen vom Grundsatz der gemeinschaftlichen Gesamtgeschäftsführung	119
a. Dispositive Abweichungen	120
b. Gesetzlich zwingend angeordnete Ausnahmen	120
III. Mehrgliedrigkeit des Vorstands	120
IV. Mindestanzahl von Vorstandsmitgliedern	122
1. Zweiköpfiger Vorstand als Kollegialorgan	122
2. Stichentscheidungsrecht im zweiköpfigen Vorstand	124

V. Die kollegiale Gesamtverantwortung der Vorstandsmitglieder	129
1. Dogmatische Einordnung	131
a. Prinzip der Gesamtleitung, § 76 Abs. 1 AktG	131
b. Allgemeiner Rechtsgrundsatz	132
c. Pflicht zur Selbstkontrolle	132
d. Prinzip der gemeinschaftlichen Geschäftsführung, § 77 Abs. 1 AktG	133
2. Zuständigkeit des Gesamtvorstands	133
a. Gesetzlich zugewiesene, zentrale Leitungsaufgaben des Gesamtvorstands	135
b. Delegationsfähigkeit der Vorbereitung und Ausführung von Leitungsaufgaben	136
aa. Pflicht zur Einrichtung und Unterhaltung eines funktionierenden Compliance-Systems	137
(1) Persönliche Pflicht des Vorstandsmitglieds	137
(2) Gegliederte Compliance-Organisation als Gestaltungsmöglichkeit	139
bb. Persönliche Insolvenzantragsbefugnis des Vorstandsmitglieds	140
cc. Persönliche Buchführungspflicht des Vorstandsmitglieds	141
c. Abstimmungserfordernis bei Leitungsaufgaben	141
3. Dispositive organinterne Geschäftsverteilung	142
a. Voraussetzungen einer organinternen Geschäftsverteilung	144
aa. Klarheit, Eindeutigkeit und Sachgerechtigkeit der Aufgabenzuweisung	144
bb. Einstimmigkeit	146
cc. Vollständige Wahrnehmung der Geschäftsführungsaufgaben	146
dd. Zuweisung an fachlich und persönlich geeignete Personen	148
ee. Wahrung der Gesamtverantwortung	149
ff. Kein Schriftformerfordernis	150
b. Möglichkeit der Ressortbildung	153
aa. Entscheidungsbefugnis einzelner Vorstandsmitglieder	154
bb. Rückbindung an den Gesamtvorstand	155
cc. Gegenseitige Aufsichts- und Überwachungspflicht	155
dd. Vorstandinternes Informations- und Berichtssystem	156

c. Möglichkeit der Ausschussbildung	157
aa. Beschlussfassung und Informationspflicht	158
bb. Grenzen der Ausschussbildung	159
(1) Keine Leitungsaufgaben im Kernbereich der Vorstandstätigkeit	159
(2) Unzulässigkeit einer verfestigten Mehrheit und der Majorisierung einer Minderheit	160
cc. Überprüfung durch den Gesamtvorstand	161
dd. Möglichkeit der Bildung von Koordinierungs- und Überwachungsausschüssen	162
4. Das Prinzip der gegenseitigen Überwachung	163
a. Fälle der Rechtsprechung	164
b. Anforderungen an die Überwachungspflichten	167
c. Einholung von Expertenrat	172
d. Überwachungssorgfalt des Vorstandsvorsitzenden	172
e. Verletzung der persönlichen Überwachungspflicht	176
5. Gegenseitiges Vertrauen	177
a. Richterrechtliche Anerkennung des Vertrauensgrundsatzes	178
b. Beurteilungskriterien	179
aa. Bedeutung der unternehmerischen Entscheidung und des Aufgabenbereichs	180
bb. Situation der Gesellschaft	180
cc. Persönlichkeit des handelnden Vorstandsmitglieds	182
dd. Indizien für pflichtwidriges Handeln	183
6. Recht und Pflicht zur Intervention	184
a. Gegenstand des Interventionsrechts	184
b. Entscheidung des Gesamtvorstands	186
c. Ausübung des Interventionsrechts	187
d. Unzulässigkeit der Einräumung eines endgültigen Widerspruchsrechts	188
<b>VI. Beschlussfassung im mehrköpfigen Vorstand</b>	<b>191</b>
1. Mindestanzahl anwesender Vorstandsmitglieder	192
a. Mindestquorum bei der Beschlussfassung nach dem Einstimmigkeitsprinzip	193
b. Mindestquorum bei der Beschlussfassung nach dem Mehrheitsprinzip	193
2. Form der Beschlussfassung	194
a. Keine gesetzlich angeordnete Form der Beschlussfassung	194
b. Mögliche Formen der Beschlussfassung	195

c. Keine gesetzlich angeordnete Protokollpflicht	196
3. Abstimmung des einzelnen Vorstandsmitglieds	197
a. Persönliches Stimmrecht des Vorstandsmitglieds	198
b. Unzulässigkeit der Stimmabgabe durch einen Stellvertreter	199
c. Zulässigkeit der Stimmübermittlung durch einen Boten	200
4. Abstimmungsmöglichkeiten im Vorstand	202
5. Vetorecht gegen Vorstandsbeschlüsse	203
a. Unzulässigkeit der Einräumung eines endgültigen Vetorechts	203
aa. Gesetzeswortlaut	203
bb. Historie	204
cc. Gesetzesystematik sowie Sinn und Zweck	205
dd. Vergleich zur mitbestimmten AG	207
ee. Unzulässigkeit der Einräumung eines endgültigen Vetorechts zugunsten des Vorstandsvorsitzenden	210
b. Zulässigkeit der Einräumung eines suspensiven Vetorechts	211
6. Unterbindung rechtswidriger Geschäfte	213
7. Gestaltungsmöglichkeiten	213
a. Gesamtgeschäftsführung unter Geltung des Mehrheitsprinzips	213
b. Einzelgeschäftsführung	215
c. Ausschussbildung	215
d. Keine Beschlussfassung einer Minderheit gegen den Willen der Mehrheit	216
e. Kombination der Gestaltungsmöglichkeiten	216
f. In der Praxis verbreitete Gestaltungen	217
8. Bindung an den Beschluss	218
9. Begriff der Kollegialentscheidung	218
VII. Zwischenergebnis	220
E. Individuelle Pflichtverletzung eines Vorstandsmitglieds bei Kollegialentscheidungen	224
I. Zustimmendes Vorstandsmitglied	225
II. Überstimmtes Vorstandsmitglied	228
1. Keine Verantwortlichkeit bei rechtmäßigem Abstimmungsverhalten	229
2. Keine Pflicht zur Herbeiführung der Beschlussunfähigkeit	230

3. Pflicht zum Vorgehen gegen die Ausführung pflichtwidriger Beschlüsse	231
4. Pflicht zum Ergreifen gesellschaftsinterner Maßnahmen	233
a. Remonstration innerhalb des Vorstands	233
b. Information des Aufsichtsrats	235
c. Niederlegung des Amtes	236
5. Gesellschaftsexterne Maßnahmen	238
a. Information externer Dritter	238
aa. Verschwiegenheitspflicht nach § 93 Abs. 1 S. 3 AktG	239
bb. Gesetzlich vorgeschriebene Ausnahmen von der Verschwiegenheitspflicht	240
(1) Anzeigepflicht nach § 138 StGB	241
(2) Pflicht zur Anzeige sonstiger Straftaten	241
(3) Anderweitige gesetzliche Anzeigepflicht	243
cc. Ausnahmen von der Verschwiegenheitspflicht aufgrund des Unternehmensinteresses	243
dd. Ausnahmen von der Verschwiegenheitspflicht zum Schutz des Gesellschaftsvermögens	247
ee. Folgen der unberechtigten Durchbrechung der Verschwiegenheitspflicht	249
b. Erhebung einer Klage	250
III. Sich enthaltendes Vorstandsmitglied	252
IV. Abwesendes Vorstandsmitglied	254
V. Zwischenergebnis	255
 F. Die Anwendung der <i>BJR</i> bei Kollegialentscheidungen	257
I. Unternehmerische Entscheidung	257
1. Einstimmige Beschlussfassung	258
a. Anwesende Vorstandsmitglieder	258
b. Abwesende Vorstandsmitglieder	259
2. Mehrheitliche Beschlussfassung	260
a. Mehrheitsbeschluss zur Durchführung einer bestimmten Maßnahme	260
b. Mehrheitsbeschluss zum Unterlassen einer bestimmten Maßnahme	261
3. Nichtergreifen von Maßnahmen	262
4. Genehmigungsbeschluss des Gesamtvorstands	262

<b>II. Handeln auf der Grundlage angemessener Information</b>	263
1. Delegation der Informationsbeschaffung	263
2. Pflichten des Berichterstatters	264
3. Anwendbarkeit der <i>BJR</i> bei der Informationsweitergabe	265
4. Kontrollpflichten der Vorstandskollegen	266
<b>III. Handeln zum Wohle der Gesellschaft</b>	270
<b>IV. Handeln in gutem Glauben</b>	271
<b>V. Handeln ohne Interessenkonflikt</b>	271
1. Pflicht zur Offenlegung von Interessenkonflikten	271
2. Adressat der Offenlegung von Interessenkonflikten	273
3. Gebot der Nichtteilnahme an Beratungen und Abstimmungen	274
4. Auswirkungen der Teilnahme des konfliktbefangenen Vorstandsmitglieds	277
a. Nicht offengelegter Interessenkonflikt	278
aa. Infizierung des Gesamtvorstands (Gesamtbetrachtung)	278
bb. Entscheidungserheblichkeit (Mehrheitsbetrachtung)	280
cc. Schlussfolgerungen bei einem nicht offengelegten Interessenkonflikt	281
b. Offengelegter Interessenkonflikt	282
c. Zusammenfassung der Auswirkungen eines Interessenkonflikts bei Kollegialentscheidungen	285
5. Interessenkonflikt aller Vorstandsmitglieder	285
<b>VI. Subjektivierender Ansatz der <i>BJR</i></b>	286
<b>VII. Zwischenergebnis</b>	287
<b>G. Weitere Aspekte der Innenhaftung bei Kollegialentscheidungen</b>	290
<b>I. Verschulden bei Kollegialentscheidungen</b>	290
1. Individuelles Verschulden	290
2. Exkulpation durch berechtigtes Vertrauen auf Expertenrat	291
<b>II. Kausalität</b>	292
<b>III. Gesamtschuldnerische Haftung gegenüber der AG</b>	295
1. Begriff der Gesamtschuld	296
2. Fallgruppen der Gesamtschuld	296
a. Gemeinschaftliche vertragliche Verpflichtung	296

b. Schadensersatz- und sonstige Schutzzweckgesamtschulden	297
c. Sicherungsgesamtschulden	298
3. Vorstandsmitglieder als Gesamtschuldner	299
4. Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder als Gesamtschuldner	300
a. Begründung der Gesamtschuldnerschaft	300
b. Bedeutung der Gesamtschuldnerschaft für ein Aufsichtsratsmitglied	301
aa. Streitverkündung seitens eines Vorstandsmitglieds als prozesstaktisches Mittel	301
bb. Vertretung der AG durch den Aufsichtsrat	302
cc. Risiko der Streitverkündung gegenüber einem Aufsichtsratsmitglied	303
c. Bedeutung der Gesamtschuldnerschaft für den D&O-Versicherer	304
IV. Voraussetzungen der gesamtschuldnerischen Haftung	305
V. Innenregress	307
1. Innenausgleich zwischen den Vorstandsmitgliedern	307
a. Ausgleichspflicht zu gleichen Anteilen	307
b. Abgestufte Ausgleichspflicht	308
aa. Grundsatz der Alleinhaltung eines ressortzuständigen Vorstandsmitglieds	308
bb. Ausnahmsweise Ausgleichspflicht des aufsichtspflichtigen Vorstandsmitglieds	309
cc. Keine grundsätzlich erhöhte Ausgleichspflicht des Vorstandsvorsitzenden	311
dd. Darlegungs- und Beweislast im Rahmen des Regressprozesses	314
ee. Auswirkungen des Abstimmungsverhaltens auf die Ausgleichspflicht	315
(1) Zustimmendes Vorstandsmitglied	315
(2) Überstimmtes Vorstandsmitglied	316
(3) Sich enthaltendes Vorstandsmitglied	317
(4) Abwesendes Vorstandsmitglied	318
c. Streitverkündung als prozesstaktisches Mittel	320
d. Auswirkungen eines Vergleichs mit einem Vorstandsmitglied	320
2. Innenausgleich zwischen den Aufsichtsrats- und den Vorstandsmitgliedern	321

VI. Zwischenergebnis	322
H. Gestaltungsvorschläge	327
I. Fortlaufender Informationsaustausch	327
II. Umfassende Dokumentation	329
I. Reformvorschläge	331
I. Gesetzliche Konkretisierung der Geschäftsleiterpflichten	331
1. Normierung des Grundsatzes der Gesamtverantwortung	332
2. Kodifizierung der gegenseitigen Überwachungspflicht	333
3. Gesetzliche Verankerung der Treuepflicht	334
4. Aufnahme des Tatbestandsmerkmals „Handeln ohne Interessenkonflikt“	334
5. Normierung der Pflicht zur Offenlegung von Interessenkonflikten	336
a. Britischer Companies Act als Vorbild	336
b. Deutscher Corporate Governance Kodex als Leitbild	336
c. Formulierungsvorschlag	337
II. Begrenzung der Geschäftsleiterpflichten	338
1. Kodifizierung der Kriterien zur verschuldensausschließenden Einholung von Expertenrat	338
2. Kodifizierung des Vertrauensgrundsatzes	341
3. Einführung einer „Legal Judgement Rule“	343
4. Begründung und Begrenzung der Compliance-Pflichten	345
III. Zwischenergebnis	346
J. Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen	349
Literaturverzeichnis	359